



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN LANDESVERBAND HESSEN  
KAISER-FRIEDRICH-RING 65 65185 WIESBADEN

Herrn  
Uwe Harling  
mittelschicht.com  
Auf der Rahmschauer 13  
65594 Runkel

**LANDESGESCHÄFTSSTELLE**

**Norbert Halas**

Allgemeine Verwaltung, Gremien, Infos,  
Mitgliederverwaltung, Mitgliederwerbung

Kaiser-Friedrich-Ring 65  
65185 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 989200  
Fax: +49 (611) 9892033  
norbert.halas@gruene-hessen.de

Wiesbaden, den 30. Dezember 2008

**Wahlprüfsteine**

Sehr geehrter Herr Harling,

auf Ihren Fragenkatalog vom 30.11.2008 gibt Ihnen der Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Hessen die beiliegenden Antworten.

Verbunden mit den besten Wünschen für das Neue Jahr 2009 senden wir

freundliche Grüße

i. A. Norbert Halas

## **Antworten auf die Wahlprüfsteine von „Mittelschicht.com“**

### **1. Abschaffung des Solidaritätsbeitrags bis 60.000 Euro / Jahr zu versteuerndes Einkommen pro Steuerpflichtigen**

Eine solche teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags würde das Einkommensteuerrecht zusätzlich komplizieren und wird von uns deshalb nicht weiterverfolgt.

### **2. Regelmäßige Anpassung der Progressionsgrenzen / Freibeträge**

Es ist sinnvoll, die „Kalte Progression“, die durch inflationsbedingte Einkommenssteigerungen entsteht, bei Tarifänderungen in der Einkommensteuer zu berücksichtigen.

### **3. Erhöhung des Kindergelds auf 180 Euro / Kind**

Wie befürworten die Steuervorteile beim Ehegattensplitting abzubauen, von dem auch Ehepaare ohne Kinder begünstigt werden. Dadurch wäre es sogar möglich, das Kindergeld über 180 Euro je Kind hinaus noch weiter anzuheben. Zusätzlich fordern wir, die öffentliche Infrastruktur für Kinder (zum Beispiel Kindertagesstätten) weiter auszubauen.

### **4. Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten zwanzig Kilometer Arbeitsweg für verfassungswidrig erklärt und der Großen Koalition damit eine Niederlage bereitet. Aus GRÜNER Sicht ist nun der Weg frei für eine steuerrechtliche Neuregelung, die ökologische und soziale Belange berücksichtigt. Statt den mit langen Arbeitswegen verbundenen Energieverbrauch und die Zersiedelung der Landschaft zu subventionieren muss die Steuerpolitik künftig den sparsamen Umgang mit Ressourcen fördern.

### **5. Senkung von Studien/Einschreibgebühren auf 150 Euro pro Semester**

Wir haben maßgeblich daran mitgewirkt, dass in diesem Jahr die Studiengebühren an den hessischen Hochschulen abgeschafft wurden. Dies sorgt für Chancengerechtigkeit, denn die Hochschulen stehen wieder Menschen aus allen Schichten offen. Im Gegenzug zum Wegfall der Studiengebühren haben wir dafür gesorgt, dass den Hochschulen 92 Mio. Euro pro Jahr zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre zur Verfügung stehen.

### **6. Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8 Euro / Stunde**

Die GRÜNEN setzen sich für regional- und branchenspezifische Mindestlöhne ein, die für Fairness und Sicherheit sorgen. Mindestlöhne gewährleisten, dass man vom Arbeitseinkommen leben kann, ohne auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Wo keine tarifvertraglich vereinbarten Mindestlöhne bestehen, soll die Lohnhöhe unter Beteiligung einer Mindestlohnkommission nach britischem Vorbild festgelegt werden, an der Sozialpartner und Wissenschaft beteiligt sind. Gerade das britische Beispiel hat gezeigt, dass ein Mindestlohn mit einer sehr erfreulichen Entwicklung am Arbeitsmarkt verknüpft sein kann.